



Begleitung Nachhaltigkeitsmanagement

D.4 Vertragsbestimmungen „Nicht baunahe“ Dienstleistungen

INHALTSVERZEICHNIS

D.4	VERTRAGSBESTIMMUNGEN	3
4.1	Allgemeine Vertragsbestimmungen.....	3
4.1.1	Vertragsunterlagen.....	3
4.1.2	Erklärung des Bieters	3
4.1.3	Einsatz / Wechsel von Subunternehmern	3
4.1.4	Änderungen im Unternehmen des AN	4
4.1.5	Eingesetztes Personal (Bestbieterermittlung)	4
4.1.6	Leistung.....	4
4.1.7	Leistungsfristen	5
4.1.8	Verzug.....	5
4.1.9	Regieleistungen.....	6
4.1.10	Hinweispflicht	6
4.1.11	Entgelt / Preisnachlässe	6
4.1.12	Zahlungsbedingungen	7
4.1.13	Rechnungen	7
4.1.14	Änderungen von Leistungen, zusätzliche Leistungen, Behinderungen, Mengenmehrungen, Überschreitung der Auftragssumme.....	8
4.1.15	Gewährleistung	9
4.1.16	Haftung/Schadenersatz	10
4.1.17	Vertragsauflösung / Rücktritt vom Vertrag	10
4.1.18	Unwesentliche bzw. unerhebliche Vertragsänderung	12
4.1.19	Geheimhaltungspflicht / Veröffentlichungen.....	13
4.1.20	Freiheit von Rechten Dritter / Schutz und Werknutzungsrechte.....	13
4.1.21	Auftragsverarbeitervereinbarung nach der DSGVO und Prüfrechte in der Informationstechnik	13
4.1.22	Schriftform.....	16
4.1.23	Abtretungs- und Verpfändungsverbot	16
4.1.24	Kompensation	17
4.1.25	Streitigkeiten.....	17
4.1.26	Gerichtsstand / anwendbares Recht.....	17
4.1.27	Irrtumsanfechtung	17
4.2	Besondere Vertragsbestimmungen	17
4.3	Vertragsstrafen.....	17
Anlage: Technische und organisatorische Maßnahmen im Sinne der Auftragsverarbeitervereinbarung gemäß DSGVO		18

D.4 Vertragsbestimmungen

Der zwischen dem Auftraggeber (AG) und dem Auftragnehmer (AN) abgeschlossene Vertrag wird auf der Grundlage nachstehender Vertragsbedingungen abgeschlossen.

4.1 Allgemeine Vertragsbestimmungen

4.1.1 Vertragsunterlagen

Die gegenseitigen Rechte und Pflichten der Vertragspartner ergeben sich aus dem Vertrag, das sind die gesamten dem Vertragsabschluss zugrunde gelegten Unterlagen, nämlich

1. die schriftliche Vereinbarung, durch die der Vertrag zustande gekommen ist (Auftragsschreiben)
2. die Angaben im Angebotsdeckblatt
3. die Bietererklärung
4. das mit Preisen versehene Leistungsverzeichnis
5. die Vertragsbestimmungen
6. die Beschreibung der Leistung
7. die Projektbeschreibung
8. die Ausschreibungsgrundlagen

(sofern diese jeweils vorhanden sind).

Allfällige Allgemeine Geschäftsbedingungen des AN finden auf das vorliegende Vertragsverhältnis keine Anwendung.

Die Vertragsbedingungen gelten uneingeschränkt auch für alle Leistungsänderungen, zusätzliche Leistungen und optional zu erbringende Leistungen.

Ergeben sich aus dem Vertrag Widersprüche, gelten die oben angeführten Unterlagen in der dort angegebenen Reihenfolge.

4.1.2 Erklärung des Bieters

Mit dem Abschluss des Vertrages bestätigt der AN, dass er selbst (bzw. gemeinsam mit dem im Angebot angegebenen Subunternehmer) über die für die Erbringung der vertraglich vereinbarten Leistungen erforderliche Befugnis verfügt.

4.1.3 Einsatz / Wechsel von Subunternehmern

Der AN ist nicht berechtigt, ohne vorherige schriftliche Zustimmung des AG sich anderer als der im Angebot genannten Subunternehmer zu bedienen. Der neu bekannt gegebene Subunternehmer hat über die zur Leistungserbringung erforderliche fachliche Qualifikation und Eignung zu verfügen. Der AG wird binnen einer Frist von drei Wochen ab Erhalt der die Leistungsfähigkeit und die Eignung des Subunternehmers nachweisenden Unterlagen entscheiden, ob der Subunternehmer zugelassen wird. Die Zustimmung gilt als erteilt, wenn der AG nicht binnen drei Wochen abgelehnt hat. Der AG

kann bei Vorliegen der erforderlichen Eignung und Leistungsfähigkeit einen Wechsel des Subunternehmers nur aus sachlichen Gründen ablehnen.

Der Austausch des Subunternehmers bzw. die Weitergabe von Teilen des Auftrags an nicht im Angebot angegebene Subunternehmen ohne Zustimmung des AG berechtigt den AG zum Rücktritt.

Erscheint dem AN nach der Auftragserteilung die Beiziehung von Sonderfachleuten für die Erfüllung der vertraglich vereinbarten Leistungen erforderlich bzw. überschreiten Teile der vertraglich vereinbarten Leistungen den Rahmen seiner Befugnis, so hat er unverzüglich den AG hierüber nachweislich in Kenntnis zu setzen und die schriftliche Zustimmung für die Weitergabe von Teilen der Leistungen einzuholen.

4.1.4 Änderungen im Unternehmen des AN

Sollten sich im Zuge der Auftragsabwicklung Änderungen in der Firmenbezeichnung, der Geschäftsanschrift, in der Gewerbeberechtigung und dergleichen ergeben, ist dies dem AG unverzüglich mitzuteilen.

Der AN hat den AG ohne Verzug darüber zu informieren, wenn der AN durch den Wechsel der Beteiligungsverhältnisse unter einen geänderten beherrschenden Einfluss gerät oder den die vertragsgegenständlichen Leistungen betreffenden Geschäftsbereich einzustellen oder dessen Übertragung an einen Dritten oder den Zusammenschluss mit dem Unternehmen eines Dritten beabsichtigt. In diesen Fällen steht es dem AG frei, das Vertragsverhältnis ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu kündigen oder das Vertragsverhältnis – allenfalls mit einem neuen Vertragspartner und/oder in geänderter Form – fortzusetzen.

Der AN hat Umgründungen iSd UmgrStG dem AG spätestens im Zeitpunkt der Anmeldung zum Firmenbuch mitzuteilen und nachzuweisen, dass die Leistungsfähigkeit iSd BVergG weiterhin so gegeben ist wie im Zeitpunkt der Beauftragung. Ist der AN nicht in der Lage, dies nachzuweisen, ist der AG berechtigt, zusätzliche Sicherheiten zur Sicherstellung der Auftragserfüllung zu verlangen.

4.1.5 Eingesetztes Personal (Bestbieterermittlung)

Allenfalls für die Bestbieterermittlung angegebenes Personal darf nur mit ausdrücklicher Zustimmung des AG ausgewechselt werden, wobei in diesem Fall die Ersatzkraft mindestens die gleiche Qualifikation aufzuweisen hat. Der AG wird binnen einer Frist von zwei Wochen ab Erhalt des Nachweises über die Qualifikation des Ersatzpersonals die Entscheidung treffen, ob das Ersatzpersonal zugelassen wird. Ein unzulässiger „Austausch“ des im Angebot angegebenen Personals berechtigt den AG zum Rücktritt.

4.1.6 Leistung

Der AN verpflichtet sich ausdrücklich, die vereinbarten Leistungen vertragsgemäß auszuführen. Die Leistungen des AN haben den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu entsprechen.

Die Erfüllung der vertraglich vereinbarten Leistungen hat grundsätzlich mit Dienstnehmern des AN unter Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen (z.B. arbeits- und sozialrechtliche Vorschriften, Zahlung der Sozialbeiträge, Steuern, Abgaben etc.) zu erfolgen.

Sobald dem AN irgendwelche Umstände erkennbar werden, die eine vertragsgemäße Erfüllung des Auftrags in Frage stellen können, hat er den AG sogleich schriftlich über diese Umstände und allfällige von ihm zu erwägende Maßnahmen zu benachrichtigen.

Im Vertrag nicht ausdrücklich angeführte Leistungen sind dessen ungeachtet Vertragsgegenstand, soweit diese Leistungen zur vertragsgemäßen Erfüllung unbedingt erforderlich sind. Für solche Leistungen kann der AN kein gesondertes oder zusätzliches Entgelt verlangen.

Soweit Entscheidungen oder Freigaben durch den AG erfolgen müssen, sind die entsprechenden Entscheidungsvorlagen so rechtzeitig vorzulegen, dass dem AG eine angemessene Prüffrist im Rahmen der Terminpläne verbleibt.

Der AN ist zur umfassenden Wahrung der Interessen des AG in fachlicher, wirtschaftlicher, rechtlicher und terminlicher Hinsicht, unbeeinflusst von den eigenen Interessen oder Interessen Dritter, verpflichtet. Der AN darf keine Interessen Dritter (insbesondere der ausführenden Unternehmer, Lieferanten, etc.) vertreten. Es ist dem AN und seinen Mitarbeitern nicht gestattet, etwaige Vorteile anzunehmen, die ihm von dritter Seite im Zusammenhang mit der Erfüllung dieses Vertrags übertragenen Aufgaben angeboten werden.

4.1.7 Leistungsfristen

Der AN verpflichtet sich, die in der Leistungsbeschreibung bzw. im Terminplan festgelegten Termine einzuhalten. Die Leistungen des AN sind innerhalb der in der Leistungsbeschreibung bzw. im Terminplan vereinbarten oder durch den AG nach billigem Ermessen zu bestimmenden Fristen zu erbringen.

Der AN ist in jedem Einzelfall verpflichtet, dem AG von einer möglichen Fristüberschreitung unverzüglich in Kenntnis zu setzen.

4.1.8 Verzug

Im Falle des Verzuges, insbesondere bei Nicht-Einhaltung der festgelegten Termine kann der AG entweder

- a) nach Mahnung unter Setzung einer angemessenen Nachfrist auf Erfüllung der Leistung beharren oder
- b) unter Setzung einer Nachfrist vom gesamten Vertrag oder hinsichtlich einzelner, noch ausständiger Leistungen zurücktreten.

Sobald der AN in Verzug – in Bezug auf die festgelegten pönalisierten Zwischen- und Endtermine - gerät und nicht nachweisen kann, dass er den Verzug nicht zu vertreten hat, wird eine Vertragsstrafe fällig, wobei der Nachweis eines Schadens nicht notwendig ist. Die Vertragsstrafe vermindert den Gesamtpreis (das Entgelt).

Darüber hinausgehende Forderungen, insbesondere aus dem Titel des Schadenersatzes, einschließlich Kosten der Ersatzvornahme, kann der AG bis zu der im Vertrag festgelegten Höhe (bei leichter Fahrlässigkeit bis zu der in diesem Vertrag allenfalls ausdrücklich festgelegten Haftungsgrenze) geltend machen. Erfolgt aufgrund des Verzuges des AN eine Anpassung der im Terminplan festgesetzten Termine, bleibt die Pönalisierung der ursprünglichen Termine aufrecht.

Werden die im Terminplan festgelegten Termine von dem AG aus Gründen, die nicht in der Sphäre des AN liegen, verschoben, verschieben sich die pönalisierten Termine entsprechend.

4.1.9 Regieleistungen

Es wird ausdrücklich festgehalten, dass der AN nur dann einen Anspruch auf Abgeltung von Regieleistungen hat, wenn dies vorweg einvernehmlich mit dem AG vereinbart wurde. Allfällige Regieleistungen des AN werden auch in diesem Fall nur vergütet, wenn der AN entsprechende Leistungsnachweise vorlegt. Aus Unterschreitung oder Wegfall der im Vertrag angegebenen Mengen können keine Ansprüche abgeleitet werden.

4.1.10 Hinweispflicht

Ist aus dem Angebot ersichtlich, dass der Bieter erkannt hat, dass Ausschreibungsunterlagen (zB D.3, D.5) unklar oder unvollständig sind, und hat er nicht spätestens 3 Werktage vor Ablauf der Angebotsfrist die Klarstellung oder Ergänzung verlangt, so hat er maximal Anspruch auf angemessenes Entgelt (gem. § 1152 ABGB) für die davon getroffenen Leistungen.

4.1.11 Entgelt / Preisnachlässe

Soweit im Vertrag nichts anderes geregelt ist, gelten Festpreise als vereinbart.

Mit den vereinbarten Preisen sind sämtliche nach dem Vertrag zu erbringenden Leistungen und Nebenleistungen des AN abgegolten. Die angebotenen Preise gelten als Nettopreise im Sinne von § 11 Umsatzsteuergesetz.

Ist ein Preisnachlass in Prozenten angegeben, so kommt dieser für die tatsächlich ausgeführte Leistung zur Anwendung und ist nicht als Pauschalbetrag zu werten. Er gilt auch für berichtigte Preise und für Zusatzleistungen.

Ist ein Preisnachlass vom AN in einer bestimmten Summe angegeben, so wird diese zur Auftragssumme oder zu jenem Teil derselben, für welchen der Preisnachlass gewährt wurde, ins Verhältnis gesetzt und danach in einen prozentuellen Preisnachlass umgerechnet. Für diesen gilt der vorige Absatz.

Nebenleistungen:

Nebenleistungen sind verhältnismäßig geringfügige Leistungen, die der Usance entsprechend auch dann auszuführen sind, wenn sie in den Vertragsbestandteilen nicht angeführt sind, jedoch nur insoweit, als sie zur vollständigen sach- und fachgemäßen Ausführung der vertraglichen Leistung unerlässlich sind und mit dieser in unmittelbarem Zusammenhang stehen. Sie sind mit den vereinbarten Preisen abgegolten.

4.1.12 Zahlungsbedingungen

Nach vertragsgemäßer Fertigstellung der Leistungen durch den AG ist der AN berechtigt, eine den gesetzlichen Bestimmungen entsprechende Rechnung über die erbrachten Leistungen zu legen.

In jeder Rechnung sind die Bestellnummer, das Datum des Auftrages und die UID-Nr. des Auftraggebers anzugeben. Aus umsatzsteuerrechtlichen Gründen sind auf der Rechnung zusätzlich der Firmenwortlaut des Leistungsempfängers und die Lieferadresse anzugeben.

Auftragnehmer welche aus dem EU Ausland Rechnungen an die ASFINAG stellen, müssen auf Ihren Rechnungen gemäß den steuerrechtlichen Bestimmungen folgenden Vermerk anführen: „Es handelt sich um eine innergemeinschaftliche Lieferung bzw. Leistung.“

Mangels abweichender Vereinbarung im Einzelfall sind die Rechnungen im Rahmen einer laufenden Leistungserbringung monatlich im Nachhinein zu legen. Die Rechnung ist spätestens innerhalb von 4 Wochen nach der zu verrechnenden Leistungsperiode beim AG vorzulegen. (Teil-)Rechnungen dürfen keinesfalls in kürzeren Abständen als vier Wochen gelegt werden.

Eine vollständige Auflistung der erbrachten Leistungen ist beizulegen.

Rechnungen werden binnen 30 Tagen nach Einlangen einer prüffähigen Rechnung zur Zahlung fällig.

Ist der AN eine Arbeitsgemeinschaft, hat diese bei Auftragserteilung ein Bankkonto bekannt zu geben, auf das alle Zahlungen aus diesem Auftrag mit schuldbefreiender Wirkung geleistet werden können.

Im Falle eines Zahlungsverzuges schuldet der AG für den offenen Betrag vom Ende der Zahlungsfrist an Verzugszinsen gemäß den jeweils geltenden gesetzlichen Bestimmungen (§ 456 UGB).

4.1.13 Rechnungen

Bei allen Rechnungen ist die bei der Beauftragung bekanntgegebene Bestellnummer auf der Rechnung anzuführen.

Bitte beachten Sie, dass Konzerngesellschaften der ASFINAG auch im Namen und Auftrag der Holding beauftragen und die Rechnung in diesem Fall an die Holding zu richten ist.

Nachstehend ein Überblick der in der ASFINAG-Gruppe verwendeten Bestellnummern:

Bestellnummer beginnt mit	Beauftragt von	Rechnungsadressat
30#####	ASFINAG	ASFINAG
30#####	MSG im Namen der ASFINAG	ASFINAG
30#####	BMG im Namen der ASFINAG	ASFINAG
30#####	SG im Namen der ASFINAG	ASFINAG
30#####	ASG im Namen der ASFINAG	ASFINAG
42#####	SG	SG
44#####	ASG	ASG

D.4 Vertragsbestimmungen
Begleitung Nachhaltigkeitsmanagement

50#####	BMG	BMG
51#####	MSG	MSG

Der Auftraggeber behält sich vor innerhalb der Vertragslaufzeit, mit einer Vorlaufzeit von 3 Monaten ab schriftlicher Bekanntgabe, auf den Rechnungsempfang von strukturierten Rechnungen (XML_Format) umzusteigen.

Digitale Rechnungslegung, digitale Abrechnungsbeilagen:

Sämtliche Rechnungen sind inkl. eventuellem Rechnungsdeckblatt an die Emailadresse der abrufenden Gesellschaft zu übermitteln.

Rechnungsadresse	UID / FN	Emailadresse
Holding:		
Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft Rotenturmstraße 5-9 1011 Wien	ATU43143200 FN 92191a	ere30@asfinag.at

Es ist möglich mehrere Rechnungen in einem Mail zu übermitteln, dabei ist jedoch zu beachten, dass jede Rechnung eine eigene pdf-Datei ist.

Sollte die Rechnung Anhänge haben, sind diese im selben .pdf wie die Rechnung zu übermitteln (zB Sammelrechnung zuerst, Details nachfolgend). Mails, die Rechnung und Anhang in gesonderten .pdf-Dateien beinhalten, können nicht bearbeitet werden.

Weiters ist zu beachten, dass die oa. Emailadresse nur für die automatische Weiterverarbeitung von Rechnungen eingerichtet ist und nicht für die übliche Geschäftskorrespondenz.

Sollte diese Vorgangsweise nicht eingehalten werden, behalten wir uns vor, den jeweiligen AN als Absender für diese Postfächer zu sperren. In diesem Fall sind alle künftigen Rechnungen an die entsprechenden Businesscenteradressen in Papierform zu übermitteln.

Der Auftraggeber behält sich vor innerhalb der Vertragslaufzeit, mit einer Vorlaufzeit von 3 Monaten ab schriftlicher Bekanntgabe, auf den Rechnungsempfang von strukturierten Rechnungen (XML_Format) umzusteigen.

4.1.14 Änderungen von Leistungen, zusätzliche Leistungen, Behinderungen, Mengenmehrungen, Überschreitung der Auftragssumme

Der AG ist berechtigt, die vereinbarten Leistungen zu ändern, Leistungen entfallen zu lassen und/oder zusätzliche Leistungen zu verlangen, die im Vertrag nicht vorgesehen, aber zur Ausführung der Leistung notwendig oder sinnvoll sind, sofern solche Änderungen und/oder zusätzliche Leistungen dem AN zumutbar sind (Leistungsänderung).

Ist eine vom AG angeordnete Leistungsänderung nach Meinung des AN in dessen vertraglichen Leistungsumfang nicht enthalten und führt diese nach Ansicht des AN zu einem gesondert zu vergütenden, im ursprünglichen Auftrag des AN nicht vorgesehenen Mehraufwand, so hat der AN dies unverzüglich, spätestens binnen eines Monats ab Anordnung durch den AG bzw. ab Erkennbarkeit des Mehraufwands, jedenfalls jedoch vor Leistungserbringung, dem AG schriftlich anzuzeigen, und noch vor Erbringung der

Leistung die Vereinbarung einer konkreten, betragsmäßig ausgewiesenen zusätzlichen Vergütung zu begehren. Unterlässt der AN die fristgerechte schriftliche und ausreichend konkretisierte Mitteilung, so gelten die bereits erbrachten Leistungen jedenfalls als mit den Angebotspreisen abgegolten.

Erkennt ein Vertragspartner, dass eine Störung der Leistungserbringung (z. B. Behinderung, Verzug einer Vorleistung, Unterbleiben einer allenfalls erforderlichen Mitwirkung des AG) droht, hat er dies dem Vertragspartner ehestens schriftlich mitzuteilen. Sobald ein Vertragspartner erkennt, dass die Störung der Leistungserbringung weggefallen ist, hat er dies dem Vertragspartner ehestens mitzuteilen. Von der Wiederaufnahme der ungestörten Leistungserbringung hat der AN den AG ehestens zu verständigen.

Der AN hat den AG schriftlich zu warnen, wenn ein Kontingent auf Positionsebene überschritten wird bzw. wenn absehbar ist, dass es zu einer Überschreitung kommen wird. Verletzt der AN diese Warnpflicht so verliert er den Vergütungsanspruch für die bereits erbrachten Mengen.

Sollte die Auftragssumme voraussichtlich um mehr als 10 % überschritten werden, so hat der AN dies dem AG ungeachtet der vorhergehenden Bestimmungen jedenfalls unverzüglich schriftlich anzuzeigen und vor Beginn der zusätzlichen Leistungen – bei sonstigem Anspruchsverlust – ausgenommen bei Gefahr in Verzug ein Zusatzangebot zu legen. Ohne Zustimmung des Auftraggebers bzw. die in dessen Vollmachtsnamen handelnde Gesellschaft darf mit den Arbeiten - ausgenommen bei Gefahr - nicht begonnen werden.

4.1.15 Gewährleistung

Die Gewährleistung richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen unter Berücksichtigung der folgenden Ergänzungen.

Der AN leistet insbesondere Gewähr, dass seine Leistungen, den Bezug habenden gesetzlichen Vorgaben sowie die im Vertrag ausdrücklich bedungenen und die gewöhnlich vorausgesetzten Eigenschaften haben und den anerkannten Regeln der Technik entsprechen. Die vom AG angegebenen und insbesondere jene durch gesetzliche Determinierung und die technische Spezifikation bedungenen Leistungsmerkmale gelten als zugesichert. Als ausdrücklich bedungen gelten insbesondere die vom AG vorgegebenen Leistungsspezifikationen und Anforderungen sowie alle darüber hinaus vom AN angebotenen Leistungsmerkmale.

Der AN leistet für die von ihm und von seinen Subunternehmern erbrachte Leistungen volle Gewähr für die Einhaltung der geltenden allgemeinen und besonderen Normen und der allgemein anerkannten Regeln und des letzten Standes der Wissenschaft und Technik und für die Einhaltung aller bei Leistungserbringung maßgeblichen gesetzlichen und sonstigen Vorschriften.

Wird vom AG die Mängelbehebung durch den AN verlangt, sind die Mängel von diesem, bei Gefahr in Verzug sofort, sonst aber – nach Aufforderung – innerhalb angemessener Frist auf seine Kosten zu beheben. Der AN hat in diesem Fall auch die Behebung der aufgrund seiner mangelhaften Leistung resultierenden mangelhaften Leistung durch die ausführenden Unternehmer auf seine Kosten zu beaufsichtigen. Der AN sichert zu, seine Gewährleistungspflicht ohne Berechnung von Nebenkosten, wie beispielsweise Fahrt-

und Wegezeitkosten, Fracht- und Verpackungskosten zu erfüllen, und dem AG alle aus einer mangelhaften Leistung entstehenden Kosten zu ersetzen.

Ausdrücklich wird in diesem Zusammenhang vereinbart, dass §§ 377f UGB nicht anwendbar sind. Der AG ist daher weder zur sofortigen Untersuchung noch zur unverzüglichen Mängelrüge verpflichtet, um seine Ansprüche aus einem allfälligen Mangel zu wahren.

Der AN kann sich bei Mängeln oder Schäden, für die er haftet oder die Gewährleistung trägt, nicht auf die Sachkunde des AG berufen.

Durch außergerichtliche Anzeige eines Mangels verlängert sich die Frist zur gerichtlichen Geltendmachung aller mit dem angezeigten Mangel zusammenhängenden Ansprüche um jeweils ein Jahr. Mängelbehebungen setzen die Gewährleistungsfrist der von der Mängelbehebung betroffenen Leistungen neu in Gang.

Erfolgte Zahlungen gelten nicht als Verzicht auf die Geltendmachung irgendwelcher aus einer Mangelhaftigkeit resultierender Ansprüche.

Weitergehende Garantierechte des AG nach den Herstellerbestimmungen des AN bleiben davon unberührt.

4.1.16 Haftung/Schadenersatz

Schadenersatzansprüche der Vertragspartner auf Grund einer Verletzung der vertraglichen Pflichten richten sich nach den gesetzlichen Bestimmungen mit folgenden Ergänzungen:

1) Bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit besteht Anspruch auf Ersatz des Schadens samt des entgangenen Gewinns (volle Genugtuung) ohne Einschränkung;

2) Bei leichter Fahrlässigkeit ist diese Haftung jedoch mit EUR 130.000,- pro Schadensfall begrenzt. Soweit eine Berufshaftpflichtversicherung / Betriebshaftpflichtversicherung mit einer bestimmten Höhe gefordert wurde, so gilt diese Höhe als Begrenzung des Schadenersatzes pro Schadensfall bei leichter Fahrlässigkeit.

Der AN hat als Voraussetzung für die Auftragserteilung vor Vertragsabschluss sowie während aufrechten Vertrages eine Berufs-/Betriebshaftpflichtversicherung in der geforderten Höhe pro Jahr nachzuweisen. Die Versicherungssumme hat sowohl Personen-, Sach- und Vermögensschäden abzudecken.

Unabhängig davon ist der AG für den Fall einer durch den AN verschuldeten Leistungsstörung, wie z.B. Verzug mit Lieferung, Störungsbeseitigung oder Mängelbehebung, nach Androhung und Setzung einer angemessenen Frist berechtigt, die Ersatzvornahme auf Kosten des AN einzuleiten.

4.1.17 Vertragsauflösung / Rücktritt vom Vertrag

Vorzeitige Vertragsbeendigung

1) Der AG ist berechtigt, den Vertrag vorzeitig, insbesondere vor vollständiger Erbringung der Leistung, zu beenden, wenn aus welchen Gründen auch immer

- die beauftragten Leistungen nicht mehr benötigt werden,
 - sich Art und Umfang der Leistungen derart verändern, sodass diese nicht mehr vom ursprünglichen Leistungsziel umfasst sind,
 - sich Leistungsfristen und Termine wesentlich verändern (z.B. Verschiebung oder Verlängerung) oder
 - eine Überschreitung der ursprünglichen Auftragssumme von 50% droht.
- 2) Der AG hat eine vorzeitige Vertragsbeendigung schriftlich zu erklären. Der AG kann erklären, dass (i) der Vertrag sofort endet und die Leistungen einzustellen sind oder (ii) der Vertrag zu einem bestimmten Zeitpunkt bzw. mit dem Abschluss von bestimmten Leistungen endet.
- 3) Im Falle einer vorzeitigen Beendigung des Auftrages hat der AN Anspruch auf die Vergütung der bereits erbrachten Leistungen.

Darüber hinaus hat der AN Anspruch auf die Abgeltung jener entfallener Leistungen, die aufgrund des Vertrags oder Art der Leistungen innerhalb eines Zeitraumes von 3 Monaten ab der schriftlichen Erklärung der vorzeitigen Vertragsbeendigung zu erbringen gewesen wären. Der AN muss sich dabei jedoch jene Leistungen anrechnen lassen, die nach der Erklärung der Vertragsbeendigung noch erbracht wurden. Dieser Vergütungsanspruch für entfallene Leistungen ist in jedem Fall begrenzt mit max. 10% der noch offenen Differenz von der abgerechneten Summe für erbrachte Leistungen (inkl. der Abrechnungssumme aus allen Änderungsaufträgen, Mengenänderungen, Regieleistungen etc.) zur ursprünglich beauftragten Auftragssumme (ohne Änderungsaufträge, jedoch inkl. aller abgerufenen Optionen).

Vorzeitige Vertragsauflösung aus wichtigem Grund (Rücktritt vom Vertrag)

- 1) Den Vertragsparteien steht darüber hinaus das Recht zu, den Vertrag aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist mit sofortiger Wirkung zu beenden (Rücktritt vom Vertrag).
- 2) Der AG ist insbesondere dann berechtigt, den sofortigen Rücktritt vom Vertrag zu erklären, wenn;
- a) der AN in Verzug gerät und Rücktrittsgründe gemäß § 918 ABGB vorliegen; dies insbesondere, weil der Auftragnehmer in Bezug auf die vereinbarten Leistungszeiträume und Termine in Verzug gerät und die jeweilige Leistung oder Teilleistung nicht binnen angemessener, vom Auftraggeber festgesetzter Nachfrist unverzüglich nachholt, oder die Leistung des AN nicht die vertraglich vereinbarten Eigenschaften, Qualitätsmerkmale und Spezifikationen, oder sonstige gewöhnlich vorausgesetzte Eigenschaften und Qualitätsmerkmale aufweist, und der Auftragnehmer den Mangel nach schriftlicher Aufforderung des Auftraggebers nicht binnen angemessener Nachfrist behebt;
 - b) eine ordnungsgemäße Vertragserfüllung durch den AN nicht sichergestellt ist;

- c) der AN ohne vorherige Zustimmung des AG den Auftrag bzw. Teile des Auftrags an Dritte weitergegeben hat oder Subunternehmer ohne Zustimmung des AG ausgetauscht hat;
- d) der AN Handlungen gesetzt hat, um dem AG Schaden zuzufügen, insbesondere wenn er mit anderen Unternehmern für den AG nachteilige, gegen die guten Sitten oder gegen den Grundsatz des Wettbewerbs verstoßende Abreden getroffen hat;
- e) unbeschadet der Bestimmungen des § 25a IO über das Vermögen des AN ein Insolvenzverfahren eröffnet wird oder ein Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels kostendeckenden Vermögens abgewiesen wird;
- f) ein sonstiger Ausschlussgrund gem. § 78 Abs 1 BVergG 2018 vorliegt; oder
- g) der AN sonstige wesentliche Vertragsbestimmungen verletzt und trotz schriftlicher Aufforderung des AG die Vertragsverletzung nicht binnen angemessener Nachfrist behebt;
- h) der Vertrag während seiner Laufzeit ohne Durchführung eines neuen Vergabeverfahrens gemäß § 365 Abs 1 BVergG 2018 wesentlich geändert wurde;
- i) der AN zum Zeitpunkt der Zuschlagserteilung gemäß § 78 Abs 1 Z 1 BVergG 2018 vom Vergabeverfahren auszuschließen gewesen wäre und dies auch falls der AG erst zu einem späteren Zeitpunkt hiervon Kenntnis erlangt hat, oder
- j) der Vertrag aufgrund einer schweren Verletzung der Verpflichtungen gemäß dem AEUV oder der Richtlinie 2014/24/EU, die der Gerichtshof der Europäischen Union in einem Verfahren nach Art. 258 AEUV festgestellt hat, nicht an den AN hätte vergeben werden dürfen.

3) Der Rücktritt vom Vertrag ist vom jeweiligen Vertragspartner schriftlich zu erklären.

Wenn die Umstände, die zum Rücktritt vom Vertrag geführt haben, vom AN zu vertreten sind, so kann der AN nur die Vergütung der von ihm bis dahin vertragsgemäß zur Gänze oder teilweise erbrachten Teilleistungen verlangen, sofern diese für den AG verwertbar sind. Der Anspruch des AG auf Schadenersatz bleibt hiervon jedoch unberührt.

4.1.18 Unwesentliche bzw. unerhebliche Vertragsänderung

Der AG ist im Rahmen des § 365 BVergG 2018 stets berechtigt dem AN unerhebliche bzw. unwesentliche Änderungen der vertraglichen Leistungen anzuordnen, sofern dies zur Erreichung des Leistungsziels notwendig und dem AN zumutbar ist. Unerheblich bzw. unwesentlich ist etwa eine Änderung von einzelnen Leistungen und dies unabhängig davon, ob das Leistungsverzeichnis ähnliche Positionen bereits vorgesehen hat, wobei die Änderungen der vertraglichen Leistungen als Teilersatz oder zur Erweiterung der vertraglichen Leistungen dient und sich diese Änderungen nicht erheblich von den ursprünglich vergebenen Leistungen unterscheiden. Unerheblich bzw. unwesentlich sind

etwa für Lieferleistungen übliche Vertragsanpassungen sowie aber auch Leistungsabweichungen aufgrund von Behördenvorgaben oder Gesetzesänderungen.

Wirtschaftliche und technische Gründe umfassen insbesondere terminliche oder ablaufbezogene Umstände sowie allfällige Gewährleistungseinschränkungen.

4.1.19 Geheimhaltungspflicht / Veröffentlichungen

Der AN sowie dessen Mitarbeiter sind zur Geheimhaltung aller in Ausführung des Vertrages erlangten Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse und sonstige Kenntnisse verpflichtet, sofern ihn der AG nicht schriftlich von dieser Verpflichtung entbindet.

Der AN wird durch entsprechende vertragliche Regelungen dafür Sorge tragen, dass die Geheimhaltungspflicht von allen seinen Mitarbeitern und allfälligen Subunternehmern eingehalten wird. Diese Verpflichtung gilt örtlich und zeitlich unbeschränkt und auch gegenüber allfälligen mit dem AN verbundenen Unternehmen oder Erfüllungsgehilfen.

Vor der gänzlichen oder teilweisen Veröffentlichung von Leistungen im Zusammenhang mit diesem Vertrag sowie der Nennung des AG in Referenzen hat der AN nachweislich bei dem AG die Zustimmung hierfür einzuholen.

Diese Verpflichtungen gelten auch nach Beendigung des Vertrages.

4.1.20 Freiheit von Rechten Dritter / Schutz und Werknutzungsrechte

Der AN gewährleistet und sichert zu, dass seine Leistungen frei von Rechten Dritter sind. Der AN hat den AG für Schäden und Aufwendungen wegen Verletzung von Schutzrechten Dritter durch die vertragsgegenständlichen Leistungen schad- und klaglos zu halten.

Der AN überlässt seine Leistungen dem AG zur uneingeschränkten und ausschließlichen Nutzung und Verwertung. Insbesondere darf der AG Pläne, Unterlagen, und sonstige Vorlagen und Leistungen des AN ohne Zustimmung und Mitwirkung des AN exklusiv und uneingeschränkt räumlich, zeitlich und inhaltlich nutzen, bearbeiten und ändern.

4.1.21 Auftragsverarbeitervereinbarung nach der DSGVO und Prüfrechte in der Informationstechnik

Erfolgt eine Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch den AN (hier Auftragsverarbeiter) für den Auftraggeber (hier Verantwortlicher) so gelten folgende Bestimmungen:

1. Der Auftragsverarbeiter verpflichtet sich, Daten und Verarbeitungsergebnisse ausschließlich im Rahmen der dokumentierten Aufträge/Weisungen des Verantwortlichen zu verwenden und ausschließlich dem Verantwortlichen zurückzugeben oder nur nach dessen schriftlichem Auftrag/ Weisung an Dritte, in ein Drittland und/ oder an eine internationale Organisation zu übermitteln.

Ausgenommen von der Bindung an Aufträge/ Weisungen sind Verarbeitungen, zu denen der Auftragsverarbeiter gesetzlich verpflichtet ist; in einem solchen Fall teilt der Auftragsverarbeiter dem Verantwortlichen diese rechtliche Anforderung binnen

angemessener Frist vor der jeweiligen Verarbeitung in schriftlicher Form mit, sofern die entsprechende Rechtsgrundlage eine solche Mitteilung nicht verbietet.

Der Vollständigkeit halber wird festgehalten, dass ein Auftragsverarbeiter, der unter Verstoß gegen die gesetzlichen Vorschriften die Zwecke und Mittel der Verarbeitung bestimmt, in Bezug auf die Verarbeitung als Verantwortlicher gilt (Art 28 Abs 10 DSGVO).

2. Der Auftragsverarbeiter garantiert, dass er alle mit der Datenverarbeitung beauftragten bzw. befugten Personen vor Aufnahme der Tätigkeit zur Wahrung des Datengeheimnisses/Vertraulichkeit (iSd Art 28 Abs 3 lit b DSGVO) verpflichtet hat bzw. diese einer angemessenen gesetzlichen Verschwiegenheitspflicht unterliegen. Soweit der Verantwortliche gesonderten gesetzlichen Verschwiegenheitspflichten unterliegt, sind diese zusätzlich vom Auftragsverarbeiter und von ihm mit der Datenverarbeitung beauftragten Personen zu beachten.

Die Verschwiegenheitsverpflichtungen der mit der Datenverarbeitung beauftragten bzw. befugten Personen bleiben auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit und Ausscheiden beim Auftragsverarbeiter aufrecht. Diese Verpflichtung gilt auch für Daten von juristischen Personen und handelsrechtlichen Personengesellschaften – dies unabhängig davon, ob diese Personen als Betroffene vom Datenschutz umfasst sind.

3. Der Auftragsverarbeiter erklärt rechtsverbindlich und garantiert, dass er ausreichende Sicherheitsmaßnahmen iSd. Art 32 DSGVO und sonst geeignete technische und organisatorische Maßnahmen iSd. Art 28 DSGVO ergriffen hat. Die Anlage „Technische und organisatorische Maßnahmen“ enthält den vom Verantwortlichen vorgegebenen Mindeststandard dieser Maßnahmen. Abweichungen sind nur im Sinne einer Erhöhung der Sicherheitsmaßnahmen zulässig.

Diese Sicherheitsmaßnahmen sollen verhindern, dass Daten ordnungswidrig verwendet oder Dritten unbefugt zugänglich werden. Weiters sollen sie sicherzustellen, dass die Verarbeitung im Einklang mit den Anforderungen der DSGVO und entsprechenden Rechtsvorschriften erfolgt und dass der Schutz der Rechte der betroffenen Personen gewährleistet ist; dies insbesondere durch ein dem Risiko der Verarbeitung angemessenes Schutzniveau hinsichtlich der Vertraulichkeit, Integrität, Verfügbarkeit und Belastbarkeit der Systeme.

Sollten Abweichungen zur Anlage „Technische und organisatorische Maßnahmen“ bestehen, sind diese dem Verantwortlichen zur Prüfung zu übergeben. Unabhängig davon hat der Auftragsverarbeiter den Stand der Technik zu berücksichtigen und erforderlichenfalls entsprechende Alternativmaßnahmen umzusetzen, ohne das bestehende Sicherheitsniveau zu unterschreiten; dies insbesondere durch Technikgestaltung und datenschutzfreundliche Voreinstellungen. Wesentliche Änderungen sind von ihm zu dokumentieren.

Dieser Punkt gilt sinngemäß auch für die vom Auftragsverarbeiter einzuhaltenden genehmigten Verhaltensregeln gemäß Art 40 DSGVO oder Zertifizierungsverfahren gemäß Art 42 DSGVO.

4. Der Auftragsverarbeiter kann einen weiteren Auftragsverarbeiter – dies umfasst auch jede Art von mit dem Auftragsverarbeiter verbundenen Unternehmen odgl. – nur dann mit der Durchführung von Verarbeitungen im Rahmen dieser Auftragsverarbeitervereinbarung betrauen, wenn der Verantwortliche dem zuvor

gesondert schriftlich zugestimmt hat. Der Auftragsverarbeiter hat dem Verantwortlichen dazu alle Umstände, insbesondere die Person des weiteren Auftragsverarbeiters und dessen Sub-Auftragsumfang, hierfür im Vorhinein schriftlich offenzulegen.

Der Auftragsverarbeiter muss jedenfalls mit dem weiteren Auftragsverarbeiter einen schriftlichen Vertrag abschließen; darin hat der Auftragsverarbeiter sicherzustellen, dass den weiteren Auftragsverarbeiter (zumindest) dieselben Verpflichtungen treffen, die dem Auftragsverarbeiter aufgrund gegenständlicher Auftragsverarbeitervereinbarung obliegen. Insbesondere sind vom Auftragsverarbeiter hinreichende Garantien durch den weiteren Auftragsverarbeiter vorzusehen, dass die geeigneten technischen und organisatorischen Maßnahmen so durchgeführt werden, dass die Verarbeitung entsprechend den gesetzlichen Anforderungen erfolgt.

Kommt der weitere Auftragsverarbeiter seinen (Datenschutz)Verpflichtungen nicht nach, so haftet der Auftragsverarbeiter gegenüber dem Verantwortlichen für die Einhaltung der Pflichten des weiteren Auftragsverarbeiters wie für sein eigenes Verhalten.

5. Der Auftragsverarbeiter garantiert, dass sämtliche Datenverwendung, umfassend auch den Zugriff auf die Daten und auch die Datenverwendung durch den weiteren Auftragsverarbeiter, innerhalb des EWR oder in von der EU-Kommission anerkannten datenschutzrechtlich sicheren Drittländern erfolgt. Datenverwendungen im bzw. Zugriffe aus dem sonstigen EU-Ausland (insbesondere den USA) sind verboten, soweit nicht im Einzelfall mit dem Verantwortlichen vorab schriftlich vereinbart.

6. Der Auftragsverarbeiter trägt für die technischen und organisatorischen Voraussetzungen Sorge, dass der Verantwortliche seine Pflicht zur Beantwortung von Anträgen auf Wahrnehmung der in Kapitel III (Art 12 ff) der DSGVO genannten Rechte der Betroffenen gegenüber dem Betroffenen innerhalb der rechtlich vorgesehenen Fristen jederzeit erfüllen kann und überlässt dem Verantwortlichen alle dafür notwendigen Informationen.

Der Auftragsverarbeiter ist verpflichtet, bei Vorkommnissen iSd Art 33f DSGVO (Datenschutzverletzungs-Informationspflicht) den Verantwortlichen unverzüglich zu informieren.

Der Auftragsverarbeiter verpflichtet sich, ein etwaiges eigenes Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten, welches im Zusammenhang mit dem Verantwortlichen steht, dem Verantwortlichen auf Anfrage offen zu legen.

7. Der Auftragsverarbeiter ist nach Beendigung des Auftrags verpflichtet, alle Verarbeitungsergebnisse und Unterlagen, die Daten enthalten, dem Verantwortlichen in einem üblichen und für den Verantwortlichen weiter nutzbaren Format zu übergeben bzw. in dessen Auftrag für ihn weiter vor unbefugter Einsicht gesichert aufzubewahren oder auftragsgemäß und unwiederbringlich zu löschen. Letztgenannte Pflicht besteht nicht, sofern eine gesetzliche Pflicht des Auftragsverarbeiters zur (Weiter)Speicherung der Daten besteht.

8. Der Auftragsverarbeiter räumt hiermit dem Verantwortlichen bzw. einem von diesem beauftragten und zur Verschwiegenheit verpflichteten Prüfer hinsichtlich der Verarbeitung der vom Verantwortlichen überlassenen Daten das Recht auf Einsichtnahme und Kontrolle/ Inspektion der Datenverarbeitungseinrichtungen ein.

Inspektionen im Geschäftsbetrieb des Auftragsverarbeiters erfolgen entweder nach rechtzeitiger Vorankündigung oder in einem festgelegten Prüfintervall.

Der Auftragsverarbeiter verpflichtet sich, hinsichtlich der Einsichtnahme bzw. Inspektion entsprechend beizutragen und dem Verantwortlichen unverzüglich all jene Informationen zur Verfügung zu stellen, die zur Kontrolle bzw. zum Nachweis der Einhaltung der in dieser Auftragsverarbeitervereinbarung genannten bzw. datenschutzrechtlich bestehenden Verpflichtungen notwendig sind. Der Auftragsverarbeiter informiert den Verantwortlichen auch unverzüglich, falls er der Auffassung ist, dass eine Weisung in diesem Zusammenhang gegen datenschutzgesetzliche Bestimmungen verstoßen würde.

Der Auftragsverarbeiter hat gegenüber den von ihm beauftragten weiteren Auftragsverarbeitern sicherzustellen, dass der Verantwortliche seine Kontroll-/Überprüfungsrechte auch direkt beim weiteren Auftragsverarbeiter ausüben kann.

9. Der Auftragsverarbeiter teilt dem Verantwortlichen die Kontaktdaten des von ihm schriftlich bestellten Datenschutzbeauftragten bzw. (mangels Verpflichtung einen solchen zu bestellen) die Kontaktdaten der für Datenschutzfragen zuständigen Person und jeweils eine Vertretung mit. Dieser Datenschutzbeauftragte bzw. die für Datenschutzfragen zuständige Person sind verpflichtet, auf Anfrage des Verantwortlichen mit der Datenschutzbehörde (vgl. Art 31 DSGVO) und/ oder einem etwaigen beim Verantwortlichen bestellten Datenschutzbeauftragten bei der Erfüllung ihrer jeweiligen Aufgaben zusammenzuarbeiten.

10. Die Einhaltung genehmigter Verhaltensregeln gemäß Art 40 DSGVO oder eines genehmigten Zertifizierungsverfahrens gemäß Art 42 DSGVO durch den Auftragsverarbeiter kann als Faktor herangezogen werden, um hinreichende Garantien iSd. Auftragsverarbeitervereinbarung und iSd. datenschutzgesetzlicher Vorgaben nachzuweisen. Mangels vereinbarter Prüfzyklen für den Nachweis der Einhaltung solcher Verhaltensregeln/Zertifizierungen gilt: der Auftragsverarbeiter hat dem Verantwortlichen über dessen Aufforderung entsprechende Informationen und Unterlagen für den Nachweis der Einhaltung so rechtzeitig vorzulegen, dass der Verantwortliche diese hinsichtlich des Nachweises der Erfüllung der Garantien prüfen, bewerten und als Voraussetzung für die weitere Erfüllung dieser Auftragsverarbeitervereinbarung akzeptieren kann.

11. Der Auftragsverarbeiter hält den Verantwortlichen hinsichtlich etwaiger Verletzungen dieser Auftragsverarbeitervereinbarung bzw. von datenschutzrechtlichen Vorschriften in der Sphäre des Auftragsverarbeiters schad- und klaglos.

4.1.22 Schriftform

Nebenabreden zu dem Vertrag und allfällige Abänderungen und Ergänzungen desselben bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der Schriftform.

4.1.23 Abtretungs- und Verpfändungsverbot

Die Abtretung oder Verpfändung von dem AN gegenüber dem AG zustehenden Ansprüchen oder Rechten ist ausgeschlossen, sofern der AG nicht schriftlich zustimmt.

D.4 Vertragsbestimmungen
Begleitung Nachhaltigkeitsmanagement

4.1.24 Kompensation

Der AN ist nicht berechtigt, Forderungen gegenüber dem AG im Wege der Kompensation geltend zu machen.

4.1.25 Streitigkeiten

Bei Streitigkeiten zwischen dem AG und dem AN über die Leistung und/oder deren Vergütung berechtigen den AN nicht, die Leistungserbringung zu verdünnen, auszusetzen oder einzustellen.

4.1.26 Gerichtsstand / anwendbares Recht

Zur Entscheidung sämtlicher Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit diesem Vertrag oder seinen Durchführungsverträgen (auch über die Frage gültigen Zustandekommens und aufrechten Bestandes, nicht jedoch über die Frage der Nichtigkeit des Vergabeverfahrens nach dem BVergG) ist ausschließlich das für A-1010 Wien je nach Höhe des Streitwertes für Handelssachen zuständige Gericht zuständig.

Auf diesen Vertrag findet ausschließlich österreichisches materielles Recht unter Ausschluss der Verweisungsnormen des österreichischen internationalen Privatrechts sowie unter Ausschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf Anwendung.

4.1.27 Irrtumsanfechtung

Der Auftragnehmer verzichtet auf das Recht, den abgeschlossenen Vertrag wegen Irrtums anzufechten oder anzupassen.

4.2 Besondere Vertragsbestimmungen

Siehe dazu die Ausschreibungsunterlagen, sofern vorhanden, oder allenfalls das Auftragsschreiben.

4.3 Vertragsstrafen

Im Falle der Nichteinhaltung der in den Ausschreibungsunterlagen festgelegten Leistungsfristen und Termine durch den AN, insbesondere bei Verzug bzw. unvollständiger oder mangelhafter Leistungserbringung, hat der AN für jede angefangene Kalenderwoche verschuldensunabhängig eine Vertragsstrafe zu leisten. Die Höhe der Vertragsstrafe berechnet sich jeweils vom Auftragswert der im Verzug befindlichen bzw. unvollständigen oder mangelhaften Leistungen, und beträgt für die erste und zweite Woche 1 % pro angefangene Woche und ab der dritten Woche 2 % pro angefangene Woche. Die Vertragsstrafe ist pro Verzugsfall (jeweils) mit 20% des gesamten Auftragswertes begrenzt. Die Vertragsstrafe wird von der Rechnung einbehalten oder von sonstigen Forderungen des ANs in Abzug gebracht. Der AG ist im Falle des Vorliegens eines Verschuldens berechtigt, einen über die Vertragsstrafe hinaus gehenden Schaden als Schadenersatz geltend zu machen.

D.4 Vertragsbestimmungen
Begleitung Nachhaltigkeitsmanagement

Anlage: Technische und organisatorische Maßnahmen im Sinne der Auftragsverarbeitervereinbarung gemäß DSGVO

Technische Maßnahmen	Beispiele	Externes Hosting	IT-Dienstleistung mit externen Clients/remote	IT-Dienstleistung inhouse
Datenvernichtung	Löschalgorithmen	x	x	x
Netzwerksegmentierung	Abtrennung kritischer Systeme	x		
Protokollierung	Logfiles, Historisierung, Eingabekontrolle	x	x	
Schwachstellenmanagement	Patchmanagement, Schwachstellenerkennung	x	x	
Systemhärtung	Deaktivierung von nicht benötigten Diensten, lokale Firewall	x	x	
Verfügbarkeitskontrolle	Backup, Brandschutz, redundante Datenhaltung, Applikations-Monitoring	x		
Verschlüsselung	Dateien, Datenbanken, Kommunikationsprotokolle	x	x	
Virenschutz / Malwareschutz	Serverseitig, Clientseitig, Reporting	x	x	
Zugriffsschutz	Berechtigungskonzept, Passwortpolicy	x	x	x
Zutrittsschutz	Videoüberwachung, elektr. Zutrittssystem	x	x	x